

Daniel Eggers

Kontrolle ist besser

Wer nach der Beziehung von Wissenschaft und demokratischer Öffentlichkeit fragt, rückt damit unweigerlich auch die Beziehung der Wissenschaft zu den Medien in den Fokus. Sucht man unter den oftmals sehr weit gefassten wissenschaftlichen Definitionen des Medienbegriffs nach dem, was wir im Alltag mit dem Ausdruck „Medien“ bezeichnen, dann wird man dort fündig, wo Medien über die Funktion definiert werden, Öffentlichkeit herzustellen. Wenn sich aber die klassischen Massenmedien Zeitung, Radio und Fernsehen sowie das Internet wesentlich durch ihren Beitrag zur Herstellung von Öffentlichkeit auszeichnen, dann muss die öffentliche Rolle der Wissenschaft in der Demokratie zu einem beträchtlichen Teil von der Vermittlungsrolle der Medien abhängig sein, also von dem, was die Medien in ihrer Rolle als Vermittler zwischen Wissenschaft und Bürgerschaft zum Thema machen.

So trivial diese Feststellung sein mag: Sie erfordert bereits eine wichtige Einschränkung. Das Bild von den Medien als *Vermittlern* zwischen Wissenschaft und demokratischer Bevölkerung ist in der jüngeren Zeit zunehmend unter Beschuss geraten. Wie sowohl Medienschaffende als auch Kommunikationswissenschaftler betonen, erschöpft sich die Rolle der Massenmedien, und die Funktion des Wissenschaftsjournalismus im Besonderen, nicht im ‚Transfer‘ von wissenschaftlichen Ergebnissen an ein breites Publikum. Die Aufgabe der medialen Beschäftigung mit der Wissenschaft bestehe stattdessen auch, und sogar vorrangig, darin, die Wissenschaft und ihre Protagonisten kritisch zu begleiten und eine Art von Kontrollfunktion auszuüben (zur Rolle des Wissenschaftsjournalismus siehe auch den Beitrag von Nicola Kuhrt in diesem Band, S. 49–60).

Im Folgenden soll dieses (Selbst-)Verständnis des Wissenschaftsjournalismus genauer unter die Lupe genommen werden, zu dem es, wie mir scheint, in einer demokratischen Gesellschaft keine plausible Alternative gibt. So berechtigt die skizzierte Sicht auf das Verhältnis von Medien und Wissenschaft auch sein mag: Sie wirft eine Reihe von Fragen auf, etwa welche Konsequenzen ein primär auf Kritik und Kontrolle ausgerichteter Wissenschaftsjournalismus längerfristig für die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Journalisten hat und ob es für eine dezidiert kritische Wissenschaftsberichterstattung überhaupt ein Publikum gibt. Weitere Fragen lauten, welche Kompetenzen Wissenschaftsjournalisten benötigen, um die ihnen zugedachte Rolle erfolgreich ausüben zu können, und ob ihre gegenwärtige Ausbildung diese Kompetenzen ausreichend vermittelt. Vor allem aber ist zu klären, welche Rolle die Wissenschaft ihrerseits gegenüber den Massenmedien einnehmen sollte und ob mit Blick auf diese Frage nicht ganz ähnliche

Überlegungen greifen, wie sie zur Begründung der Kontrollfunktion der Medien gegenüber der Wissenschaft ins Feld geführt werden.

I Von der Popularisierung zur Kontrolle

Das Bild des Wissenschaftsjournalisten als einem kritischen Begleiter der Wissenschaft ist in den letzten Jahren zu einem Gemeinplatz geworden. Dies lässt sich auf Matthias Kohrings Monographie *Die Funktion des Wissenschaftsjournalismus* von 1997 zurückführen. Kohring zeichnet nach, wie die Rolle des Wissenschaftsjournalisten nach 1945 lange Zeit nur außerhalb der Kommunikationswissenschaften diskutiert worden ist und sich erst ab Mitte der 1970er Jahre eine umfassendere kommunikationswissenschaftliche Erörterung des Themas entwickelt. Was die kommunikationswissenschaftliche und die nicht-kommunikationswissenschaftliche Debatte jedoch gemein haben, ist, dass die Rolle des Wissenschaftsjournalismus nahezu ausschließlich über die Funktion der ‚Wissenschaftspopularisierung‘ bestimmt wird.

Kohring charakterisiert diese Funktion durch drei Aspekte: (a) die *Vermittlung* wissenschaftlicher Erkenntnisse, die im Sinne eines Informationstransfers verstanden wird (zu dessen Gelingen der Wissenschaftsjournalismus freilich als ‚Dolmetscher‘ tätig werden muss, der die Sprache der Wissenschaft in die Sprache der breiten Bevölkerung übersetzt); (b) die *Aufklärung* der Bevölkerung über die gesellschaftliche Bedeutung und den Nutzen der Wissenschaft; und, damit zusammenhängend, (c) die Beförderung der *Akzeptanz* der Wissenschaft angesichts möglicher wissenschafts- und technikfeindlicher Tendenzen in der Bevölkerung.

Kohring belässt es nicht bei einem historischen Überblick. Er setzt sich systematisch mit der Rolle des Wissenschaftsjournalismus auseinander und weist das Paradigma der Wissenschaftspopularisierung explizit zurück. Es schreibe dem Wissenschaftsjournalismus keine eigenständige Funktion zu, sondern leite diese vollständig aus den Interessen der Wissenschaft und anderer gesellschaftlicher Subsysteme her. Damit bleibe es der Rationalität dieser anderen Systeme verhaftet. Kohrings Alternativkonzeption soll auf Grundlage der Luhmann’schen Systemtheorie der Autonomie des Journalismus gerecht werden und den Wissenschaftsjournalismus über eine Funktion charakterisieren, die sich aus der spezifischen Rationalität des Journalismus ergibt.

Der Einfluss von Kohrings Thesen auf die jüngere kommunikationswissenschaftliche Literatur ist unübersehbar.¹ Sie werden von anderen Autoren aber

1 Vgl. etwa Holger Hettwer, Franco Zotta, „Von Transmissionsriemen und Transportvehikeln –

höchst selektiv übernommen: Während der negative Teil von Kohrings Ansatz, also die Zurückweisung der Popularisierungsfunktion, weithin Zustimmung findet, wird seine systemtheoretische Bestimmung der Funktion des Wissenschaftsjournalismus weit seltener geteilt. Kohring sieht die Funktion des Wissenschaftsjournalismus in der Beobachtung der Gesellschaft, und zwar genauer in der Beobachtung „im Hinblick auf Ereignisse, die er als Ereignisse mit Mehrsystemzugehörigkeit für die Ausbildung gesellschaftlicher Umwelterwartungen in der Umwelt des Wissenschaftssystems für geeignet hält“². Autoren, die sich Kohrings Kritik der Popularisierungsthese anschließen, definieren die Rolle der Wissenschaftsberichterstattung dagegen zumeist weniger spezifisch über den Beitrag, den diese zu einer kritischen Öffentlichkeit und zur Kontrolle des Wissenschaftssystems zu leisten vermag.

Für die Verfechter der Kritik- und Kontrollfunktion des Wissenschaftsjournalismus umfasst diese Funktion nicht nur das Aufdecken individuellen wissenschaftlichen Fehlverhaltens (Plagiate, Fälschungen empirischer Befunde). Sie erstreckt sich auch auf die Prüfung wissenschaftlicher Unabhängigkeit und Unparteilichkeit angesichts privater Geldgeber sowie auf die kritische Betrachtung der ökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen wissenschaftlicher Tätigkeit. Daneben besteht sie ganz allgemein in kritischen Nachfragen zu der generellen Ausrichtung der Wissenschaft und den Themen, zu denen geforscht oder eben nicht geforscht wird. Die Argumente, mit denen Kritik und Kontrolle gerechtfertigt werden, beziehen sich auf die gesellschaftlichen Folgen wissenschaftlichen Handelns und die aus diesen Folgen resultierende Verantwortung der Wissenschaft, die dadurch zusätzliches Gewicht erhält, dass die Wissenschaft zum großen Teil durch öffentliche Mittel finanziert wird. Zudem liegt ihnen die Annahme zugrunde, dass die notwendige Kritik und Kontrolle nicht allein aus dem Wissenschaftssystem selbst kommen kann, sondern es einer unparteilichen externen Kontrollinstanz bedarf.

Es ist zweifelhaft, ob diese Funktionsanalyse Kohrings spezifisch systemtheoretischer Vorstellung einer Autonomie des Wissenschaftsjournalismus konsequent Rechnung trägt. Einige der genannten Zielvorgaben, wie etwa die Auf-

Der schwierige Weg des Wissenschaftsjournalisten zu sich selbst“, und Holger Wormer, „Reviewer oder nur Reporter? Kritik und Kontrolle als künftige Aufgaben des Wissenschaftsjournalismus in der wissenschaftlichen Qualitätssicherung“, in Holger Hettwer et al. (Hg.): *WissensWelten. Wissenschaftsjournalismus in Theorie und Praxis*, Gütersloh 2008, S. 154–175 und 176–197, sowie Bernd Blöbaum, „Wissenschaftsjournalismus“, in Heinz Bonfadelli et al., *Forschungsfeld Wissenschaftskommunikation*, Wiesbaden 2017, S. 221–238.

² Matthias Kohring, *Die Funktion des Wissenschaftsjournalismus. Ein systemtheoretischer Entwurf*, Opladen 1997, S. 270.

deckung wissenschaftlichen Fehlverhaltens, entstammen zweifellos der Wissenschaft selbst. Sie sind feste Bestandteile des wissenschaftlichen Ethos und des Ideals wissenschaftlicher Redlichkeit. Andere lassen sich aus den Interessen anderer gesellschaftlicher Systeme ableiten, wie etwa der Politik oder Wirtschaft. Ähnliches gilt für die Argumente, mit denen die Notwendigkeit des kritischen Wissenschaftsjournalismus etabliert werden soll. Es wäre daher unplausibel anzunehmen, die beschriebene Kritik- und Kontrollfunktion sei eine eigenständige Leistung des Journalismus im Sinne Kohrings und Ausdruck einer spezifisch journalistischen Rationalität.

Es gibt freilich gute Gründe, sich Kohrings voraussetzungsreiche Konzeption einer autonomen Funktionsweise des Wissenschaftsjournalismus nicht zu eigen zu machen und im Folgenden von einer theoretisch weniger aufgeladenen Funktionsbeschreibung auszugehen. Während die systemtheoretische Konzeption Kohrings wohl unvermeidlich kontrovers ist, kann die Idee, dass Wissenschaftsjournalisten eine Kritik- und Kontrollfunktion ausüben und ausüben sollten, als kommunikationswissenschaftlicher Ausdruck des *Common Sense* betrachtet werden. Hier setzen die folgenden Ausführungen an, sie versuchen aber über das hinauszugehen, was in den Reaktionen auf Kohrings Analyse bereits ausgeführt worden ist.

II Die Kritik- und Kontrollfunktion

Dass der Wissenschaftsjournalismus das Wirken der Wissenschaft kritisch begleiten und auf diese Weise zur gesellschaftlichen Kontrolle der Wissenschaft beitragen soll, leuchtet unmittelbar ein. Eine rein affirmative Haltung der Medien gegenüber der Wissenschaft, die Wissenschaftsjournalismus auf Wissenschafts-PR reduzieren würde, mag, zumindest kurzfristig, im Interesse der Wissenschaft selbst liegen und Ideen entsprechen, die, zumeist hinter vorgehaltener Hand, von Wissenschaftlern und Wissenschaftsfunktionären verbreitet werden. Sie lässt sich mit Blick auf demokratische Gesellschaften aber kaum rechtfertigen. Die Bevölkerung eines demokratischen Staates bildet das normative Zentrum der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Partikularinteressen und -bestrebungen sind dem öffentlichen Interesse prinzipiell nachgeordnet, selbst solche, die so umfassend und folgenreich sind wie die des Wissenschaftssystems. So wichtig wissenschaftliche Forschung für die Gesellschaft auch sein mag, die Wissenschaft kann ebenso wenig als sakrosankt gelten wie andere gesellschaftliche Institutionen auch. Sie bleibt rechtfertigungsbedürftig, nicht zuletzt, weil sie nur aufgrund der Unterstützung aus der Gesellschaft in der gegebenen institutionalisierten Form möglich ist. Da zudem wenig für die optimistische Einschät-

zung spricht, die Wissenschaft könne dauerhaft eine hinreichende Kontrolle über sich selbst ausüben, erscheint eine externe Kontrolle unvermeidlich.

Dass die Kritik- und Kontrollfunktion des Wissenschaftsjournalismus den Gegebenheiten moderner Demokratien entspricht, heißt aber nicht, dass sie unproblematisch wäre. Ich möchte hier drei Probleme aufgreifen, die das Verhältnis des Wissenschaftsjournalisten (a) zur Wissenschaft, (b) zum Publikum und (c) zu seiner eigenen Tätigkeit betreffen.

Zunächst stellt sich die Frage, ob eine vorrangig auf Kritik und Kontrolle ausgerichtete Berichterstattung die notwendige Zusammenarbeit zwischen Journalisten und Wissenschaftlern gefährdet, weil sie die Kooperationswilligkeit der letzteren unterminiert. Wissenschaftsjournalisten sind, auch wenn sie sich vorrangig als kritische Begleiter verstehen, darauf angewiesen, dass Wissenschaftler ihre Ergebnisse einem breiteren Publikum zugänglich machen und dieses Ziel mit Hilfe unabhängiger Journalisten erreichen wollen.

Es sind inzwischen Bestrebungen von Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen erkennbar, eigene Formen und Kanäle der Wissenschaftskommunikation zu etablieren und durch sie eben jene Wissenschaftspopularisierung zu erreichen, die der kritische Wissenschaftsjournalismus ihnen verweigern möchte (zu den verschiedenen Formen der Hochschulkommunikation siehe den Beitrag von Annette Leßmöllmann in diesem Band, S. 73–83). Die Annahme liegt nahe, dass eine konsequentere Ausrichtung des Wissenschaftsjournalismus auf eine kritisch-kontrollierende Berichterstattung diesen Prozess weiter verstärken würde. Die Informationsangebote wissenschaftlicher Einrichtungen mögen kein so breites Publikum erreichen wie die Angebote der Massenmedien. Dies muss aber angesichts der rapiden Entwicklung des Internets und der Internetnutzung sowie der Bedeutung von Wissenschafts-PR für die immer wichtiger werdende Einwerbung externer Forschungsmittel nicht so bleiben.

Das Verhältnis von Wissenschaftsjournalismus und Publikum wirft zudem eigene Fragen auf. Wissenschaftsjournalisten schreiben und senden für eine breite Öffentlichkeit. Ihre Darstellungsweisen können sich daher nicht ausschließlich nach den Interessen der Wissenschaft selbst richten, sondern müssen auch den Interessen des Publikums gerecht werden. Nun kann man annehmen, dass eine kritische Berichterstattung angesichts der weitreichenden Wirkungen wissenschaftlicher Forschung und ihrer öffentlichen Finanzierung im wohlverstandenen Interesse der Bevölkerung ist. Daraus folgt aber keineswegs, dass es tatsächlich einen Markt für sie gibt. Der Blick auf die jüngere Geschichte des Wissenschaftsjournalismus lässt eher an der Existenz eines solchen Marktes zweifeln. Wie von vielen konstatiert wird, beruhte der Boom des Wissenschaftsjournalismus in den 1990er und 2000er Jahren auf Formaten eines reinen ‚Wissensjournalismus‘, in denen häppchenweise kuriose Forschungsergebnisse prä-

sentiert werden. Eine wesentlich kritische und kontrollierende Berichterstattung stünde dann gegebenenfalls vor dem Problem, nicht nur die Wissenschaftler als Themenlieferanten und Informanten zu verschrecken, sondern auch ihr eigenes Publikum.

Schließlich stellt sich die Frage, ob die Kompetenzen von Wissenschaftsjournalisten ausreichend auf die Ausübung einer Kritik- und Kontrollfunktion abgestimmt sind. Moderne Wissenschaft ist komplex, und die Ergebnisse hochspezialisierter Forschungszweige sind oft so voraussetzungsreich, dass sie auch von Wissenschaftlern im selben Fach nicht mehr vollständig nachvollzogen werden können, geschweige denn von Wissenschaftsjournalisten. Rückt man die Kritik- und Kontrollfunktion des Wissenschaftsjournalismus in den Vordergrund, stellt sich die Frage nach der journalistischen Kompetenz deshalb mit einem ambivalenten Ergebnis.

Die gute Nachricht ist, dass Journalisten als kritische Begleiter Forschungsergebnisse nicht bis ins Letzte nachvollziehen müssen. Der Fokus ihrer Rolle liegt nicht auf inhaltlichen Aspekten, sondern auf der Überprüfung der Einhaltung allgemeiner methodologischer und ethischer Standards sowie darauf, die Verwendung öffentlicher Mittel kritisch zu beobachten. Um diese Aufgaben zu erfüllen, bedarf es keines detaillierten Verständnisses von Spezialfragen einzelner Forschungsgebiete.

Die schlechte Nachricht ist, dass die gegenwärtige Ausbildung von Wissenschaftsjournalisten den Erwerb der dafür relevanten Kompetenzen keineswegs sicherstellt. Sie besteht oftmals in einem fachwissenschaftlichen Studium oder einer Journalismusausbildung mit fachwissenschaftlichem Schwerpunkt. Für einen primär kritisch verstandenen Wissenschaftsjournalismus wäre eine andere Art der Ausbildung notwendig, die schwerpunktmäßig methodische, wissenschaftsethische und wissenschaftsökonomische und allgemeiner wissenschaftstheoretische Kompetenzen vermittelt.

Die Idee eines kritisch-kontrollierenden Wissenschaftsjournalismus steht folglich ernstzunehmenden Umsetzungsproblemen gegenüber, die noch über die Probleme hinausgehen, die sich aus den gegenwärtigen Umwälzungen des Mediensystems ergeben (zu letzteren siehe die Darstellung von Nicola Kuhrt in diesem Band, S. 49–60). Ihnen mag es geschuldet sein, dass kritischer Wissenschaftsjournalismus eher uneingelöstes Ideal denn mediale Realität ist und mitunter ein Rückfall des Wissenschaftsjournalismus in eine rein popularisierende Betrachtung der Wissenschaft konstatiert wird.³

³ Vgl. z. B. Holger Wormer, „Vom Public Understanding of Science zum Public Understanding of Journalism“, S. 433, in Bonfadelli et al. (Hg.), a.a.O., S. 429–451.

Ein Mangel an Kooperationsbereitschaft auf Seiten der Wissenschaftler stellt dabei das geringste Problem dar. Viele Wissenschaftler erkennen die gesellschaftliche Notwendigkeit eines kritischen Wissenschaftsjournalismus und sehen, dass dieser langfristig im Interesse der Wissenschaft selbst liegt. Es ist daher nicht zu befürchten, dass kritischen Wissenschaftsjournalisten irgendwann nichts mehr angeboten würde. Eine journalistische Ausbildung, die gezielt auf die Anforderungen eines kritischen Wissenschaftsjournalismus abgestimmt ist, erscheint dagegen dringend notwendig. Wenn das breite Publikum eher an einem unkritischen Wissensjournalismus interessiert ist, wird eine verbesserte Ausbildung jedoch nur in Kombination mit anderen Maßnahmen eine kritische Wissenschaftsberichterstattung ermöglichen, wie etwa der Befreiung der öffentlich-rechtlichen Medien von Quotenerwartungen.

III Die Kritik- und Kontrollfunktion der Wissenschaft

Die aus meiner Sicht wichtigste Frage betrifft nicht die praktische Umsetzung der journalistischen Kritik- und Kontrollfunktion. Sie bezieht sich vielmehr auf die Rolle, die umgekehrt der Wissenschaft gegenüber den Medien zukommt. Die Wissenschaft darf nicht lediglich als Lieferant von Forschungsergebnissen betrachtet werden, die von Journalisten kritisch geprüft und verbreitet werden. Vielmehr muss sie ihrerseits die Rolle eines kritischen Begleiters gegenüber den Medien einnehmen, und zwar nicht nur in Bezug auf den Wissenschaftsjournalismus. Ein zentraler Aspekt wissenschaftlicher Medienkritik besteht darin, die mediale Darstellung und Diskussion wissenschaftlicher Inhalte systematisch zu prüfen und zu kommentieren. Ein weiterer Aspekt sollte aber darin bestehen, systematische Ansätze zu einer allgemeineren Medienethik zu entwickeln und ethisches Medienverhalten dann auch konsequent einzufordern.

Dass die modernen Massenmedien angesichts ihres Einflusses und ihrer vielfältigen Verflechtungen mit Wirtschaft und Politik einer kritisch-kontrollierenden Betrachtung bedürfen, ist offensichtlich. Ebenso sollte außer Frage stehen, dass die Medien diese Betrachtung nicht, oder nicht vollständig, aus sich selbst heraus leisten können. In kommunikationswissenschaftlichen Beiträgen zur Medienethik wird manchmal die Auffassung vertreten, Medienethik könne vornehmlich oder gar ausschließlich in einer Selbstregulierung des Mediensystems bestehen. Dem liegt aber zumeist die fragwürdige Überzeugung zugrunde, normativ-moralische Fragen seien keiner systematisch-wissenschaftlichen Klärung fähig. Löst man sich von dieser Überzeugung, bleibt unverständlich, warum man auf eine bloße Selbstregulierung der Medien vertrauen sollte. Warum sollte

sich ausgerechnet das Mediensystem in ausreichender Weise selbst kontrollieren können, die Wissenschaft aber nicht?

Im Gegenteil ist zu vermuten, dass die Medien einer externen Kritik und Kontrolle eher in noch größerem Maße bedürfen als die Wissenschaft. Die meisten Medieninstitutionen sind Wirtschaftsunternehmen und damit in einer Weise ökonomischen Interessen unterworfen, wie dies für wissenschaftliche Institutionen nicht gilt, auch wenn man die Verflechtungen von Wissenschaft und Wirtschaft und die zunehmende Drittmittelabhängigkeit wissenschaftlicher Forschung in Rechnung stellt. Wissenschaftliche und journalistische Arbeiten unterscheiden sich zudem typischerweise in der Art, in der auf die Arbeit von Kollegen Bezug genommen wird. Die kritische Aufarbeitung der Beiträge anderer Forscher oder Autoren, die bis zur vollständigen Zurückweisung der betreffenden Ansätze und Ergebnisse reichen kann, ist ein integraler Bestandteil der wissenschaftlichen Diskussion. Von jeder Dissertation und wissenschaftlichen Veröffentlichung wird erwartet, dass sie die Defizite der bestehenden Forschung explizit benennt und kritisch über bekannte Ergebnisse hinausgeht. Sieht man von wenigen Gegenbeispielen ab, wie etwa dem dezidiert medienkritischen Blog „Übermedien“ der Journalisten Stefan Niggemeier und Boris Rosenkranz, ist die journalistische Berichterstattung durch keinen vergleichbaren kritischen Bezug auf bereits veröffentlichte Arbeiten gekennzeichnet. Wenn interne Medienkritik stattfindet, dann werden zumeist weder konkrete Veröffentlichungen noch Namen genannt. Eher werden in abstrakter Weise problematische Tendenzen in der Berichterstattung zu bestimmten Themen oder Ereignissen kritisiert. Man kann sich daher nicht des Eindrucks erwehren, dass die journalistische Arbeit durch ein über das eigene Unternehmen oder Medium hinausgehendes Loyalitätsgebot reguliert wird, ein Loyalitätsgebot, das es so in der Wissenschaft nicht gibt und das einer effektiven Selbstkontrolle der Massenmedien im Weg steht.

Wenn eine erfolgreiche Selbstregulierung vom Mediensystem nicht erwartet werden kann, lautet die nächste Frage, wer als externe Kontrollinstanz in Frage kommt. In der medienethischen Literatur findet sich mitunter der Hinweis, die Kontrolle der Medien müsse durch die ‚Zivilgesellschaft‘ geleistet werden.⁴ Was damit genau gemeint ist, bleibt aber unklar. Dass die breitere Bevölkerung die geforderte Kritik- und Kontrollfunktion erfüllen kann, erscheint trotz vorhandener Einflussmöglichkeiten des Publikums naiv. Dass Kritik und Kontrolle in der Hand von Unternehmen, Interessengruppen oder auch speziell zu diesem Zweck gegründeten Vereinen liegt, erscheint nicht wünschenswert. Die Wissenschaft ist

⁴ Vgl. etwa Jörg Alsdorf, *Medienethik und Medienkritik. Wege zu einer politischen Philosophie der Medien*, Saarbrücken 2007, S. 104.

besser als andere gesellschaftliche Einrichtungen für die betreffende Rolle geeignet.

Wie schon angedeutet, umfasst die anvisierte Rolle der Wissenschaft mehrere Aspekte, die einander ergänzen, aber grundsätzlich unabhängig voneinander sind. Auf der einen Seite ist dies die fachwissenschaftliche Kontrolle der journalistischen Darstellung wissenschaftlicher Inhalte und allgemein die Kontrolle des Wahrheitsgehalts journalistischer Aussagen. Irreführende oder schlicht falsche Darstellungen komplexer Zusammenhänge sind in den Medien an der Tagesordnung. Angesichts der Art und Weise, wie (tagesaktuelle) Berichterstattung unvermeidlich produziert wird, wäre alles andere auch überraschend. Viele gesellschaftliche Institutionen und Interessengruppen kommentieren die Berichterstattung, die sie betrifft, und kritisieren mögliche Fehldarstellungen in öffentlich sichtbarer Weise. Aus der Wissenschaft gibt es dagegen vergleichsweise wenig Bemühungen, die relevante Berichterstattung einem Faktencheck zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Faktenchecks gezielt zu kommunizieren (siehe zu diesem Punkt auch die Überlegungen von Annette Leßmöllmann in diesem Band, S. 73–83).

Die hier geforderte Art der wissenschaftlichen Medienkritik kann vielfältige Formen annehmen. Sie beginnt mit der gezielten Kommentierung einzelner Veröffentlichungen durch Leserbriefe, Posts oder ausführlichere Gegenveröffentlichungen. Sie umfasst aber auch allgemeinere Analysen problematischer Darstellungsweisen, für die etwa Gerd Gigerenzers, Thomas Bauers und Walter Krämers Veröffentlichungen zum journalistischen Umgang mit Statistiken ein Beispiel liefern. Sie kann sowohl von individuellen Wissenschaftlern als auch von wissenschaftlichen Verbänden oder Dachorganisationen artikuliert werden. Und sie kann über (Online-)Zeitungen oder Radio- und Fernsehformate kommuniziert werden, aber auch über wissenschaftseigene Kanäle.

Eine wissenschaftliche Medienkritik sollte alle diese Formen nutzen. Es reicht nicht, die Aufgabe der kritischen Kommentierung an wissenschaftliche Gesellschaften oder Wissenschaftsverbände abzugeben und diese dann frei schalten und walten zu lassen. Dies hätte vermutlich zur Folge, dass nur der wissenschaftliche *Mainstream* öffentlich verteidigt wird und Minderheitenpositionen und innerwissenschaftliche Kontroversen zu wenig Gewicht erhalten. Eine funktionierende wissenschaftliche Medienkritik ist folglich darauf angewiesen, dass Wissenschaftler eine individuelle medienkritische Verantwortung anerkennen. Umgekehrt sollte wissenschaftliche Medienkritik sich aber nicht in zahllosen unverbundenen Verlautbarungen einzelner Wissenschaftler zu einzelnen Berichten erschöpfen, sondern sinnvoll koordiniert und gebündelt werden.

Die Aufgabe einer wissenschaftlich-fundierten Überprüfung journalistischer Inhalte leitet sich aus Prinzipien ab, die für die journalistische Aufgabenbe-

schreibung und das journalistische Selbstverständnis ohnehin kennzeichnend sind, vor allem aus dem Ideal einer objektiven Berichterstattung. Sie leitet sich daneben aus der grundsätzlichen Verantwortung der Wissenschaft ab, ihre Ergebnisse öffentlich zu kommunizieren und sich aktiv um einen ‚Wissenstransfer‘ in die Gesellschaft zu bemühen. Diese Verantwortung wird von Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen zunehmend anerkannt. Es wird aber zu wenig gesehen, dass sie vernünftiger Weise die Verantwortung einschließen muss, mediale Verzerrungen wissenschaftlicher Erkenntnisse öffentlich sichtbar zu kommentieren und ihnen konsequent entgegenzuwirken.

Gleichwohl sollte klar sein, dass sich kritikwürdiges journalistisches Fehlverhalten nicht auf die fehlerhafte Darstellung von Inhalten beschränkt. Wissenschaftliche Medienkritik muss deshalb über einen reinen Faktencheck hinausgehen. Sie muss die Entwicklung einer genuinen Medienethik zum Ziel haben, also einer systematischen Vorstellung von dem, was legitimes Medienhandeln ausmacht und ihm prinzipielle normative Grenzen setzt.

Die hier angedeutete Form einer praxisbezogenen aber zugleich wissenschaftlich-theoretischen Reflexion ethischer Fragestellungen ist aus Bereichen vertraut, die unter dem Begriff der Angewandten Ethik zusammengefasst werden. Zu den prominenten Gegenständen der Angewandten Ethik zählen Fragen der Medizin- und Bioethik, wie die moralische und rechtliche Bewertung von Schwangerschaftsabbrüchen, Stammzellforschung oder Sterbehilfe, und Fragen der Umwelt- und Technikethik, wie die Bewertung genetisch veränderter Lebensmittel oder der Kernenergie.

Die Angewandte Ethik ist zurecht als „hybrides“⁵ Unternehmen charakterisiert worden: Sie ist zum einen eine akademische Disziplin, zu der verschiedene Fächer ihren Beitrag leisten; zum anderen ist sie, über klinische Ethikkomitees, Ethikkommissionen und andere Gremien der Politikberatung, zu einem Teil der praktischen und politischen Entscheidungsfindung geworden (zur Rolle von Ethikkommissionen und Ethikräten in der Politikberatung siehe den Beitrag von Silja Vöneky in diesem Band, S. 35–46). Diese Doppelrolle der Angewandten Ethik als akademisches Fach und als Teil außeruniversitärer Institutionen ist in der Sache selbst begründet und kann nicht einfach zugunsten eines der beiden Aspekte aufgegeben werden.

Die Debatten der Angewandten Ethik gehen typischerweise auf Wertkonflikte zurück, wie den Konflikt zwischen dem Wert des Lebens und dem Recht auf körperliche Selbstbestimmung. Gleiches gilt für die Debatten der Medienethik, die

5 Kurt Bayertz, „Was ist Angewandte Ethik?“, S. 166, in Ach, J. et al. (Hg.), *Grundkurs Ethik. Bd. 1: Grundlagen*, Paderborn 2008, S. 165–179.

oft durch den potenziellen Konflikt von Meinungs- und Pressefreiheit auf der einen und Menschenwürde und allgemeinem Persönlichkeitsrecht auf der anderen Seite motiviert sind. Um solche Konflikte angemessen zu reflektieren und aufzulösen, braucht es mehr als einen Kompromiss im Zuge der politischen Willensbildung. Es braucht eine theoretische Vorstellung davon, worauf diese Werte beruhen, wie sich sich zueinander verhalten und wie sie gegeneinander abgewogen werden sollten. Eine solche Vorstellung kann nur eine interdisziplinäre wissenschaftliche Debatte liefern.

Da eine wissenschaftliche Medienethik bereits existiert, könnte man freilich denken, dass es hier gar keinen Handlungsbedarf gibt. Die Medienethik ist gegenwärtig aber weit davon entfernt, ein florierender Forschungszweig zu sein, was angesichts von Schlagworten wie *Fake News*, alternative Fakten und ‚Lügen-Presse‘ überrascht. Medienethik ist allzu oft Medienapologetik. Sie ist dies nicht zuletzt, weil von ihr in der Regel erwartet wird, die bestehenden Medienstrukturen und den Arbeitsalltag von Journalisten mit seinen zeitlichen und ökonomischen Zwängen zu respektieren – was einer ernstzunehmenden ethischen Betrachtung enge Grenzen setzt. Hinzu kommt eine erkennbare Scheu vor eindeutigen moralischen Festlegungen, die zu einem gewissen Teil auf eine systemtheoretische Prägung zurückzuführen sein dürfte. Die Mehrzahl medienethischer Veröffentlichungen liefert einen Überblick über zentrale Aspekte und Fragen der Medienethik und nennt daneben einige prominente theoretische Ansätze, wie etwa die an Habermas orientierte Diskursethik. Sie liefert aber kaum konkrete Handlungsanweisungen und explizite moralische Bewertungen. Genau diese sind es aber, die man von einer Angewandten Ethik erwarten muss, und zwar auch dann, wenn sie nicht als politische Institution betrieben und verstanden wird, sondern als Wissenschaft.

Hat die Wissenschaft überhaupt die Macht, das Handeln von Medienakteuren und die diesem Handeln zugrunde liegenden Strukturen zu verändern? Um diese Frage zu beantworten, hilft ein Wechsel der Perspektive und Vergleich mit dem, was umgekehrt die Medien erreichen oder eben nicht erreichen können. Obwohl die Kritik wissenschaftlichen Fehlverhaltens durch die Medien manchmal direkte Konsequenzen hat (Rücktritte, die Beendigung von ethisch fragwürdigen Forschungsprojekten), läuft die Kritik- und Kontrollfunktion insgesamt eher darauf hinaus, zu einem differenzierteren gesellschaftlichen Diskurs über die Wissenschaft beizutragen. Die kritisch-kontrollierende Berichterstattung nimmt so allenfalls mittelbar auf die Realität wissenschaftlicher Forschung Einfluss. Dazu ist aber auch die Wissenschaft in Bezug auf die Medien in der Lage. Auch sie kann wichtige Anstöße zu einem gesellschaftlichen Diskurs über die Medien leisten und so langfristig das Bild legitimen Medienhandelns beeinflussen. Darüber hinaus kann sie über Ethikkommissionen und Ethikräte auch in direkterer Weise

Einfluss gewinnen. Es gibt folglich keine zwingenden Gründe, einer wissenschaftlichen Medienethik die praktische Relevanz abzusprechen.

Ich möchte meine Ausführungen mit zwei Bemerkungen abschließen, die ebenfalls die praktische Relevanz des hier Skizzierten betreffen. Erstens, es hieße die vorangegangenen Überlegungen gründlich misszuverstehen, wollte man sie im Sinne eines von der Wissenschaft an die Medien gerichteten ‚Ätch, dann kritisieren und kontrollieren wir euch auch‘ deuten. Das größte Hindernis für wissenschaftliche Medienkritik besteht nicht in der (sicherlich vorhandenen) Abneigung von Medienschaffenden, die Notwendigkeit externer Kritik und Kontrolle anzuerkennen und der Wissenschaft dabei eine legitime Rolle zuzugestehen. Es besteht in der Weigerung von *Wissenschaftlern*, diese Rolle und die zugrunde liegende gesellschaftliche Verantwortung anzuerkennen. Meine Überlegungen verstehen sich deshalb als kritischer Aufruf an Wissenschaftler, sich als Medienkritiker und Medienethiker zu betätigen, nicht so sehr als Aufruf an die Medien, sich bereitwilliger kritisieren und kontrollieren zu lassen.

Zweitens, die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Medienkritik und Medienethik ergibt sich nicht daraus, dass es keine öffentliche Kritik der Massenmedien gäbe, sondern daraus, *dass* es sie gibt. Es mehren sich in jüngerer Zeit die Stimmen, die das Agieren von Journalisten fundamental in Frage stellen, und zwar nicht nur mit Blick auf die im engeren Sinne politische Berichterstattung, sondern auch mit Blick auf umfassendere gesellschaftspolitische Themen wie Gleichberechtigung und Sexismus. Was eine systematische, wissenschaftliche, am Ideal rationaler unparteilicher Begründung orientierte Medienethik notwendig und wichtig macht, ist nicht ein allgemeines Schweigen über individuelles journalistisches Fehlverhalten oder Fehlentwicklungen des Mediensystems. Es sind die undifferenzierten, von handfesten politischen und anderen Interessen motivierten Klagen über *Fake News*, die ‚Lügen-Presse‘ und die vermeintliche mediale Aushöhlung der Meinungsfreiheit. Diese Stimmen werden uns auch in Zukunft weiter begleiten, und wer ihnen mehr entgegensetzen möchte als eine Generalverteidigung der Medien und eine Pauschalkritik des ‚Populismus‘, der braucht eine wissenschaftliche Medienkritik.